

INFOPERU82

Der Newsletter der Informationsstelle Peru e.V.

Inhaltsverzeichnis

1. [Editorial No 82 \(Hildegard Willer\)](#)
2. [Ausnahmezustand und gestiegene Preise \(Annette Brox\)](#)
3. [Verfassungsgericht: umstrittene Entscheidungen \(Pilar Arroyo\)](#)
4. [Kurz gemeldet – April 2022](#)
5. [Studie Bergbauverschmutzung Cerro de Pasco \(Elena Clenin/Sarah Guenther\)](#)
6. [Frauenrechte in Peru – eine Bilanz \(Annette Brox\)](#)
7. [In memoriam Elena Moyano \(Heinz Schulze\)](#)
8. [Mit Omas Rezepten den Regenwald retten \(Hildegard Willer\)](#)
9. [Interview :“Opferzonen im Regenwald” \(Vanessa Romo/Annette Brox\)](#)
10. [Klimakrise in den Anden: Auf Zum Wasser Säen! \(Hildegard Willer\)](#)
11. [ISP-News April 2022 \(Annette Brox/Heinz Schulze\)](#)
12. [Veranstaltung: Peru-Seminar „Peru.Klima.Gerecht“](#)
13. [Veranstaltung: Klimawandel aus der Sicht peruanischer Akteur*innen](#)
14. [Offener Brief der Infostelle: Ermordung von vier Indigenen](#)
15. [Offener Brief der Plataforma Europa – Peru zur Freilassung von Alberto Fujimori](#)

1. Editorial No 82

Liebe Leserin, lieber Leser,

der Krieg in der Ukraine wirft seine Schatten nicht nur auf Europa, sondern in den hintersten Winkel Perus.

Das habe ich gemerkt, als ich Mitte März eine Bauerngenossenschaft in Madre de Dios besucht habe. Die Bauern waren so stolz, dass sie seit 2 Jahren ihre Copoazu-Bohnen (Copoazu ist eine kakoähnliche Frucht des Amazonasbeckens) exportierten. Doch nun steht alles wieder auf der Kippe: ihre Abnehmerin ist nämlich eine Schokoladenmanufaktur in St. Petersburg, Russland.

Die Angst vor einer möglichen Atombombe mag in Peru geringer sein als in Deutschland; die Gefahr einer Hungersnot ist dagegen sehr real.

Bereits während der Corona-Pandemie ist in Peru, wie in allen Ländern, die Inflationsrate gestiegen und damit auch die Preise für Benzin und Lebensmittel. Seit dem Ukraine-Krieg ist alles nochmal teurer geworden. Anfang April gingen deswegen Menschen in ganz Peru, besonders aber in Huancayo und Ica, auf die Straße und forderten Unterstützung von der Regierung. Pedro Castillo fiel nichts Besseres ein, als den Notstand auszurufen – den er kurz darauf wieder zurücknehmen musste. Die daraufhin angekündigten Steuererleichterungen für Lebensmittel dürften vor allem die Zwischenhändler freuen und kaum bei den armen Konsumenten ankommen.

Doch das Schlimmste steht erst noch bevor. 60% des Stickstoffs für Kunstdünger importiert Peru aus Russland und China. Dieser Import ist seit Ausbruch des Krieges in der Ukraine praktisch zum Erliegen gekommen. Der einheimische Dünger aus Vogelmist (Guano) kann die entstandene Lücke nicht füllen. Die Hauptaussaatzeiten beginnen jetzt bis Mitte Jahr -bereits in zwei Monaten könnte Peru den Produktionsrückgang schmerzhaft spüren. Lebensmittel werden knapp und damit noch teurer, als sie bisher schon sind. Viele Menschen werden sich nicht mehr die Lebensmittel leisten können, die sie brauchen.

Eine gut organisierte Regierung könnte dieser voraussehbaren Entwicklung etwas entgegenhalten und den Schock abfedern – doch gerade daran mangelt es in Peru.

In diesem InfoPeru möchte ich Sie besonders hinweisen auf die neueste Studie aus der Bergbaustadt Cerro de Pasco. Erstmals wird hier bewiesen, dass die permanente Exposition gegenüber Schwermetallen zu einer verminderten kognitiven Leistung bei Kindern führt. Eine fatale Erkenntnis.

Auch wenn der Krieg in der Ukraine die Bedrohung durch den Klimawandel etwas in den Hintergrund gerückt hat: für die Infostelle geht es genau darum in ihrem jährlichen Peru-Seminar, das vom 29. April bis 1. Mai in Köln und online stattfindet. Ich hoffe, viele von Ihnen dort anzutreffen.

Hildegard Willer

Redakteurin InfoPeru



Andina/Renato Pajuelo

2. Ausnahmezustand und gewaltsame Auseinandersetzungen wegen gestiegener Preise

Mehrere Gewerkschaften haben Ende März zum Streik aufgerufen. Proteste mit Straßenblockaden gab es in 14 Regionen. Die Protestierenden fordern unter anderem eine Senkung der Treibstoffpreise und der Preise für Güter des täglichen Bedarfs.

Die Regierung kündigte eine Erhöhung des Mindestlohns und Steuersenkungen für Diesel und Benzin an. Die Preissenkung schlug sich nicht sofort an den Tanksäulen nieder und die Proteste nahmen an Heftigkeit zu. Daraufhin kündigte Präsident Castillo den Ausnahmezustand mit Ausgangssperre im Großraum Lima und Callao für den 5. April an. Die Entscheidung wurde von fast allen Seiten als völlig unverhältnismäßig, von manchen gar als verfassungswidrig kritisiert. Auch nach Aufhebung der Ausgangssperre noch am 5. April gingen die Proteste in Lima und landesweit weiter. In Lima wurden mindestens fünf Zivilpersonen und 25 Polizisten verletzt, es kam zu Plünderungen und Überfällen auf verschiedene staatliche Behörden, Angriffen mit Pyrotechnik gegen die Polizei, Verwüstungen in einer Station des Metropolitan und weiteren Angriffen.

Seit Beginn des Konflikts sind fünf Menschen getötet worden. Zwei von ihnen starben, nachdem sie bei Demonstrationen überfahren worden waren. Ein 13-jähriger Junge ertrank bei

Zusammenstößen zwischen Polizei und Demonstrierenden in einem Fluss in Jauja. Ein Lehrer starb, weil er wegen der Straßenblockaden in Junín nicht rechtzeitig zur Dialyse gehen konnte. Bei Protesten in Huancayo wurden 28 Menschen verletzt, zwei von ihnen schwer.

Die Nationale Menschenrechtskoordination CNDDHH kritisierte in einer [Erklärung](#) am 5. April die Ausgangssperre und die unverhältnismäßige Gewalt gegen Demonstrierende durch die Polizei. Der Staat sei nicht in der Lage ist, die Sicherheit der Bevölkerung zu gewährleisten. Statt auf die den Protesten zugrundeliegenden Probleme einzugehen und Lösungen anzubieten, verschärfe die Regierung mit unverhältnismäßigen Maßnahmen die Konflikte. Die CNDDHH fordert konkrete Maßnahmen zur Gewährleistung der bürgerlichen, sozialen und wirtschaftlichen Rechte, eine Ende der Ausgangssperre und die strikte Achtung der Menschenrechte bei den Polizeieinsätzen.

Die peruanische Bischofskonferenz verurteilte die Gewalt auf beiden Seiten und rief zum Dialog und zur Konfliktprävention auf.

<https://ojo-publico.com/3426/estado-de-emergencia-e-inmovilizacion-en-lima-y-callao-por-protestas>

<https://larepublica.pe/sociedad/2022/04/05/marcha-de-hoy-5-de-abril-en-lima-contr-pedro-castillo-en-vivo-ultimas-noticias-y-minuto-a-minuto-de-las-protestas-toque-de-queda-paro-de-transportistas-pnp/>

Annette Brox

3. Verfassungsgericht: umstrittene Entscheidungen

Pilar Arroyo skizziert Gründe für und mögliche Auswege aus der politischen Krise

Normalerweise besteht das peruanische Verfassungsgericht aus sieben Richter*innen, die vom Kongress mehrheitlich für einen Zeitraum von fünf Jahren ernannt werden. Nach dem Tod von Richter Ramos hat das Gericht derzeit jedoch nur sechs Mitglieder, wobei Präsident Augusto Ferrero Costa bei Stimmengleichheit die entscheidende Stimme hat. Mit dem Tod von Ramos konsolidierte sich eine konservative Mehrheit im Verfassungsgericht, die in letzter Zeit beunruhigende Entscheidungen getroffen hat. Einige Beispiele:

- 1) Vor sechs Jahren hat die Gemeinde Santa Clara de Uchunya eine Klage eingereicht. Die Gemeinde beantragte, dass Konzessionen für ein Gebiet, das sie als ihr Territorium beansprucht, zurückgenommen werden. Jetzt entschied das Gericht, über die Klage nicht entscheiden zu können. In dem Gebiet ist die Gruppe Ocho Sur tätig, ein Unternehmen mit der größten Palmölverarbeitungsanlage in der Region Ucayali.
- 2) Im Februar dieses Jahres erklärte das Verfassungsgericht eine Klage der Exekutive für unbegründet – entgegen seiner eigenen früheren Rechtsprechung. Die Regierung klagte gegen ein vom Kongress verabschiedetes Gesetz, das die Möglichkeiten der Regierung,

die Vertrauensfrage zu stellen, einschränkt. Das Verfassungsgericht entschied, dass der Kongress die Anwendung der Vertrauensfrage durchaus einschränken kann. Dies hatte er 2018 getan. Damals erklärte das Verfassungsgericht diese Maßnahme für verfassungswidrig, da die Verfassung die Ausübung der Vertrauensfrage durch die Exekutive keine Grenzen setzt.

- 3) Das Gericht erklärte die Klage der Aymara-Gemeinden Chila Chambilla und Chila Pucara in Juli (Puno) für unzulässig, mit der die Nichtigkeit von Bergbaukonzessionen gefordert wurde, die ohne vorherige Konsultation in ihren Gebieten erteilt worden waren. Damit widersprach es seinen eigenen Urteilen der letzten zehn Jahren zur Gültigkeit und Durchsetzbarkeit der ILO-Konvention 169. Diese Entscheidung stieß bei indigenen Organisationen und verschiedenen zivilgesellschaftlichen Organisationen auf große Ablehnung. Sogar die Ombudsstelle Densoría del Pueblo wies darauf hin, dass diese Entscheidung "einen ernsthaften Rückschritt in Bezug auf den Schutz der Rechte indigener Völker darstellt. (...) Sie steht im Widerspruch zur politischen Verfassung, zu internationalen Verträgen und entfernt sich ohne Rechtfertigung von den Standards, die zuvor in ihrer Rechtsprechung festgelegt wurden".
- 4) Am 17. März beschloss der Gerichtshof, die irreguläre Begnadigung, die der damalige Präsident Pedro Pablo Kuczynski 2017 dem Ex-Präsidenten Alberto Fujimori gewährt hatte, wieder in Kraft zu setzen. Fujimori wurde wegen der Fällen von Mord und Entführung zu 25 Jahren Haft verurteilt. Die Begnadigung war 2017 Teil einer Vereinbarung zwischen dem damaligen Kongressabgeordneten Kenyi Fujimori und Kuczynski, um dessen Amtsenthebung zu verhindern. Es wurde hinreichend nachgewiesen, dass sie das Ergebnis eines politischen Deals war und nicht die Voraussetzungen für eine humanitäre Begnadigung erfüllte.



Andina

Ein möglicher Ausweg aus der politischen Krise?

“Die Regierung ist darauf bedacht, auf Biegen und Brechen zu überleben, während ihr Korruption, Unfähigkeit und Ineffizienz beim Regieren vorgeworfen werden. (...) Daneben will der Kongress nur eine neuerliche Amtsenthebung, um den Staat so weiterzuführen wie in den letzten 30 Jahren. Diese Politik hat zu mafiösen Strukturen, Korruption wie im Skandal „Lava Jato“ (...) geführt, und zu den schlechtesten Werten in den Bereichen Gesundheit, Bildung und Infrastruktur (...) Die Bedürfnisse von Millionen von Peruaner*innen stehen nicht auf der Agenda der Tyrannen und Trojaner der politischen Klasse”.

In dieser von Humberto Campodónico treffend beschriebenen Situation stecken wir nun schon seit acht Monaten fest, ohne dass sich eine Lösung abzeichnet. Deshalb ist der Vorschlag des ehemaligen Präsidenten Francisco Sagasti ermutigend, denn er könnte eine Debatte in Gang setzen, die uns aus der gegenwärtigen Sackgasse heraushelfen könnte. So müssten wir und nicht damit abfinden, die derzeitige Situation bis Juli 2026 zu ertragen.

Sagasti schlägt Minimalkompromisse vor:

Erstens: Die Regierung verpflichtet sich, den Ministerrat und die öffentliche Verwaltung mit kompetenten, integeren und ethisch einwandfreien Persönlichkeiten neu zu besetzen und ein Kabinett des Konsens‘ zu bilden. Dies ist von entscheidender Bedeutung, denn die parteipolitische Übernahme der Institutionen führt bereits zum Zusammenbruch der öffentlichen Verwaltung, wie wir in den letzten Tagen im Extremfall von PetroPerú, aber auch im Gesundheitsministerium gesehen haben.

Zweitens: Der Kongress verpflichtet sich, keine Verfassungs- oder Gesetzesänderungen vorzunehmen, die das Gleichgewicht zwischen den Staatsgewalten beeinträchtigen, und keine Gesetze zu verabschieden, die die öffentlichen Institutionen schwächen. Dieser letzte Punkt ist sehr wichtig, denn seit Juli 2016 hat der Fujimorismus Regeln und Institutionen zerstört, die die Regierung stärken. Das ist die Hauptursache für die politische Instabilität, neben der unverantwortlichen Weigerung des Verfassungsgerichts, den Artikel 117 der Verfassung über die Amtsenthebung aufgrund moralischer Unfähigkeit auszulegen. Als dieser Artikel 1838 in unsere Verfassung aufgenommen wurde, hatte er eine andere Bedeutung. Wie der Politikwissenschaftler Fernando Tuesta Soldevilla zu Recht feststellt, ist dieser Artikel “zu einem Amtsenthebungsverfahren mutiert, das es in unserer Verfassung nicht gibt, aber ohne die garantierten Verfahren der Länder, in denen diese Regelung existiert”.

Drittens: Beide (Regierung und Kongress) verpflichten sich, sich nicht in die Staatsanwaltschaft und die Justiz einzumischen und politische und Wahlreformen zu genehmigen, um die Demokratie zu stärken und die Qualität der politischen Vertretung zu verbessern.

Sollten sich Regierung und Parlament nicht auf diesen Kompromiss einigen können, schlägt Sagasti als letzte Möglichkeit vor, dass sich die Bürger organisieren, um eine Verfassungsreform

zur Verkürzung der Amtszeiten von Präsident und Kongress vorzulegen. Das Initiativrecht für Verfassungsreformen erfordert die Unterstützung von 0,3% der Wahlbevölkerung, d. h. etwa 75.900 Bürger*innen müssten mit ihrer Unterschriften den Text von Reforminitiativen unterstützen. Laut Verfassung könnte eine solche Initiative durch die Zustimmung einer absoluten Mehrheit von 66 Abgeordneten und durch ein Ratifizierungsreferendum umgesetzt werden.

Pilar Arroyo

übersetzt und bearbeitet von Annette Brox

4. Kurz gemeldet – April 2022

Aktuelle Kurznachrichten aus Peru

Trauer um Oscar Mollohuanca in Espinar

Der ehemalige Bürgermeister von Espinar, Oscar Mollohuanca, war bereits in den 80er und 90er Jahren ein wichtiger Aktivist gegen das Bergwerksunternehmen Tintaya, heute im Besitz des Schweizer Unternehmens Glencore. Oscar Mollohuanca wurde 1999 zum ersten und zum zweiten Mal 2011 zum Bürgermeister der Provinz Espinar gewählt. 2014 kandidierte er erfolglos für das Amt des Regionalpräsidenten von Cusco auf der Liste von Tierra y Libertad.

Oscar Mollohuanca war immer ein sehr wichtiger Partner für die bergbaukritischen Organisationen in Peru und Europa und auch für die Informationsstelle Peru. Anlässlich intensiver Streiks gegen das Unternehmen Xtrata (heute mit Glencore fusioniert) in Espinar im Jahr 2012 schickte der damalige Präsident Ollanta Humala Polizisten in die Region. Dabei wurden vier Streikende getötet. Daraufhin wurde Oscar Mollohuanca als „Anstifter“ verhaftet, in einem fragwürdigen Prozess verurteilt, später freigesprochen. Die Staatsanwaltschaft legte dagegen Widerspruch ein. Zum Zeitpunkt seines Todes wartete Mollohuanca auf die Gerichtsverhandlung.

Jetzt wurde er am 7. März 2022 ca. 300 Meter von seiner Wohnung entfernt, auf freiem Feld, tot aufgefunden. Nach Polizeiberichten wies er starke Verletzungen am Oberkörper auf. Die offizielle Version, dass er von einem Stier getötet worden sei, wird von vielen Bewohnern Espinars bestritten.

Oscar Mollohuanca wurde 61 Jahre alt. Zu seiner Beerdigung kamen tausende Menschen aus ganz Espinar, um ihm die letzte Ehre zu erweisen.

(Quellen: Servindi 30.4.20, La República 7.3.22, Cooper Acción 16. und 19.3., Servindi 22. und 3.4.22, gekürzte Übersetzung Heinz Schulze)



Der ehemalige Bürgermeister von Espinar und Umweltaktivist Oscar Mollohuanca wurde am 7. März 2022 tot aufgefunden. Foto: Andina/difusion

Ex-Präsident Fujimori soll vorzeitig aus dem Gefängnis entlassen werden

Das peruanische Verfassungsgericht machte am 17.3.22 den Weg für die Freilassung von Ex-Diktator Alberto Fujimori frei. Dieser war zu einer Freiheitsstrafe von 25 Jahren verurteilt worden, als Verantwortlicher für Ermordungen u.a. von Studierenden, was ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit ist. Die Begnadigung Fujimoris durch Ex-Präsident Kuczinsky hatte das Verfassungsgericht aufgehoben. Nun wurde sie doch für rechtmäßig erklärt (siehe auch [Artikel von Pilar Arroyo in diesem InfoPeru](#)). Dieses skandalöse Urteil löste spontane Demonstrationen in verschiedenen Städten Perus aus. Außerdem erklärten unter anderem Regierungsvertreter, dieses Urteil vor den Interamerikanischen Gerichtshof für Menschenrechte in Costa Rica zu bringen.

Dieser reagierte umgehend. Die Begründung: Das Urteil negiert in gravierender Form das Recht der Opfer auf Gerechtigkeit. Deshalb wurden die peruanische Regierung und die Justiz dringend aufgefordert, dieses Urteil nicht umzusetzen.

Weiter kritisiert dieser Gerichtshof die politische Instabilität in Peru. Der Anlass sind verschiedene Versuche, den amtierenden Präsidenten Castillo im Kongress mit einem Amtsenthebungsverfahren aus dem Amt zu entfernen. Das Gericht kritisiert, ein solcher Prozess müsse nach rechtsstaatlichen Prinzipien stattfinden.

Neuer Versuch der Amtsenthebung scheitert

Ein erneuter Versuch Präsident Castillo wegen „moralischer Unfähigkeit“ seines Amtes zu entheben, ist gescheitert ([siehe auch Artikel von Pilar Arroyo in diesem InfoPeru](#)). Der Antrag erhielt nur 55 statt der erforderlichen 87 Stimmen. Für den Antrag stimmten Fuerza Popular, Renovación Popular, Avanza País y un grupo de APP, Somos Perú, Podemos Perú, dagegen Perú Libre, Juntos por el Perú, Perú Democrático einige Abgeordnete von Alianza para el Progreso (APP) und die Mehrheit von Somos Perú y el Partido Morado.

<https://larepublica.pe/politica/2022/03/29/congreso-el-segundo-intento-de-vacancia-que-termina-fracasando-pedro-castillo/>

Der Rat der Shipibo-Konibo verjüngt sich

Demer Gonzales wurde am 27.3.22 in einer großen Versammlung mit ca. 2000 Personen zum Jefe máximo – Apu Koshi des Rats der Shipibo-Konibo-Xetebo gewählt.

Er ist ein jüngerer Rechtsanwalt und Experte für Politische Wissenschaften und gewann die Wahl mit seinem Konzept: Jugend und Erfahrung. Bemerkenswert ist, dass der frühere Präsident des indigenen Dachverbands AIDSESP, Lizardo Cauper P. nur auf den vierten Platz kam. Eine Vizepräsidentin wurde Liliana Gómez Agustin.

Dieser Kongress war auch deshalb wichtig, um den Prozess hin zu einer Selbstverwaltung der Shipibo zu erreichen, um so eine bessere Kontrolle über das indigene Territorium zu erreichen und besser gegen die Ausbeutung an Natur und Spiritualität vorgehen zu können. Für dieses wichtige Vorhaben sollen junge, professionelle Indigene wie Rechtsanwalt Demer Gonzales und die weisen Frauen und Männer zusammenarbeiten.

Das kann ein weiteres positives Beispiel, neben der Organisation der Awajún sein, um sich mehr „auf Augenhöhe“ gegenüber der peruanischen Regierung, Unternehmen und internationalen Organisationen zu behaupten.

<https://www.servindi.org/actualidad-noticias/28/03/2022/pueblo-shipibo-elige-demer-gonzales-como-apu-koshi-de-coshikox>

Zehn Jahre „Consulta previa“

Mehr als 10 Jahre nach Inkrafttreten des Gesetzes zur Vorab-Konsultation (Consulta previa) trafen sich Vertreter*innen des Kulturministeriums und der Internationale Arbeitsorganisation (ILO), um die Fortschritte bei der Umsetzung zu bewerten. Das Ministerium berichtete über Fortschritte in 69

durchgeführten Konsultationsverfahren, von denen die meisten Bergbauprojekte (30) betrafen, gefolgt von Projekten mit fossilen Brennstoffen (11).

Außerdem wurden 992 Vereinbarungen unterzeichnet, von denen 63,5% erfüllt wurden. Zu diesen Vereinbarungen gehört die Einrichtung eines Umweltüberwachungsausschusses mit Vertretern der indigenen Völker für das Projekt der Amazonas-Wasserstraße. 30 Normen, Leitfäden und andere Dokumenten zur Vorab-Konsultation seien in spanischer und in indigenen Sprachen herausgegeben worden.

Der Vertreter der ILO wies darauf hin, dass Peru sowohl in Bezug auf die Vorschriften als auch auf die Gesetzgebung als Referenz in der Region gilt. Allerdings müsse die Qualität der Verfahren verbessert werden.

Die Vizeministerin versicherte, die Regierung werde weiter die Einhaltung der ILO-Konvention 169 zur Vorab-Konsultation gewährleisten.

<https://www.servindi.org/actualidad-noticias/02/04/2022/mincul-y-oit-renuevan-compromiso-por-la-consulta-previa>

..... und dennoch will das Verfassungsgericht die Vorab-Konsultation kippen

Trotz positiver Bilanz des zuständigen Kulturministeriums und der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), hat das peruanische Verfassungsgericht in einem Urteil vom März 2022 gekippt. Ihr Argument: die Vorab-Konsultation sei nicht Bestandteil der peruanischen Verfassung. Dies, obwohl Peru die international verbindliche ILO-Konvention 169 ratifiziert und damit in nationales Recht übernommen hat.

Das ist ein schreckliches Urteil für die indigenen Völker und Mitwelt in Peru. Bei den Besitzern von Unternehmen die ihren – kurzfristigen – Gewinn aus der Ausbeutung von Rohstoffen beziehen, haben sicherlich die Sektkorken geknallt.

Anlass für die Entscheidung des Verfassungsgerichts, war eine Klage von Aimara-Dorfgemeinschaften aus dem Departament Puno gegen das Bergbauministerium, weil dieses eine Konzession für eine Zementfabrik erteilt hatte, ohne die vorgeschriebene Vorab-Konsultation mit aktiver Information und Beteiligung der betroffenen Dorfgemeinschaften durchzuführen.

Die staatliche Ombudsstelle protestierte umgehend gegen das Urteil und kündigte an, den Interamerikanischen Gerichtshof für Menschenrechte in Costa Rica anzurufen. Das Urteil des Verfassungsgerichts verstosse gegen die politische Verfassung und gegen internationale Abkommen

Auch die Vertretung indigener Organisationen im Regenwald, AIDSESEP, kritisierte dieses Urteil. Das Urteil entziehe den indigenen Völkern ein fundamentales Instrument für den Zugang zum Rechtssystem, um ihre Rechte zu verteidigen. Das Verfassungsgericht zeige damit auch nach 200 Jahren der Republikgründung den weiter existierenden Rassismus gegen indigene Völker.

Die Juristin Rocio Meza (IDL-Instituto de Defensa Legal) begrüßt ein anderes Urteil: das Provinzgericht von Utcubamba (Region Amazonas) stoppte die Aktivitäten der kanadischen Bergbaufirma Afrodita-Polveron, weil diese nicht der Forderung der Organisation der Awajun (Cenepa, Cordillera del Condor) nachgekommen ist, einen Prozess der Vorab-Konsultation durch zu führen.

Rocio Meza erklärte, dass dieses Gericht ein positives Vorgehen aufzeige, um indigenen Völkern Gerechtigkeit zu verschaffen, trotz des Urteils des Verfassungsgerichts.

(Quellen: Defensoria Peru, März 22, Aidesep.org.pe; noticiasd/pronunciamentos, März 2022, Servindi u.a. 29.3.22, acutalidadambiental.pe, 24.3.22 u.a.)

Zwei neue Ämter für Kardinal Barreto

Kardinal Pedro Barreto, Erzbischof von Huancayo, wurde zum Großkanzler der Katholischen Universität PUCP ernannt. Die Amtsdauer beträgt drei Jahre. Außerdem wurde Kardinal Barreto für vier Jahre zum Vorsitzenden der Kirchenkonferenz für Amazonien (Conferencia Eclesial de la Amazonía – CEAMA) gewählt.

Weltweite Nachfrage nach Gold fordert weiteres Todesopfer

Der weltweite Goldhunger ist schuld daran, dass erneut ein Umweltschützer in Peru ermordet wurde. Juan Fernandez Hanco wurde im März 2022 durch zwei Kugeln eines Killerkommandos der illegalen Goldgräbermafia erschossen. Hanco war der Bruder des Koordinators des Nationalparks Tambopata im südlichen Regenwald Perus, in der Region Madre de Dios.

Dabei hatte die Regierung dieses Gebiet wegen andauernder Konflikte zum Notstandsgebiet erklärt. Warum es dennoch zum Mord kommen konnte, erklärt der Bruder des ermordeten, Germán Fernández: „Es gibt Poliizisten hier, aber die machen nichts“. Das katholische Vikariat von Puerto Maldonado kritisierte erneut die Untätigkeit der Polizei.

Die Zunahme der Umweltzerstörung durch den illegalen Goldabbau ist bedrückend. Obwohl 2019 Polizei und Militär die illegalen Goldschürfer aus der Pufferzone des Naturschutzgebietes vertrieben haben, hat die folgende Corona-Pandemie als Treiber von zwei Seiten funktioniert:

einerseits gab es wegen der Lockdowns kaum noch Polizeikontrollen. Zum anderen stieg der weltweite Goldpreis und damit der Anreiz, trotz Verbot wieder in der Zone zu schürfen.

Peruanerin ist Präsidentin der Interamerikanischen Menschenrechtskommission

Julissa Mantilla Falcón (Peru) ist zur Vorsitzenden der Interamerikanischen Menschenrechtskommission (CIDH) gewählt worden. Herzlichen Glückwunsch!



Die peruanische Juristin wurde am 7.3.2022 zur Vorsitzenden des CIDH für die Jahre 2022-2033 gewählt. Die CIDH ist ein Organ der Organisation Amerikanischer Staaten OAS. Mantilla studierte u.a. an der kath. Universität Perus, u.a. mit einem Diplom in Genderfragen und an der London School of Economics (London) mit dem Schwerpunkt Menschenrechte. Sie war unter anderem im peruanischen Büro des Menschenrechtsbeauftragten tätig und aktiv in der Wahrheits- und Versöhnungskommission sowie bei der Nichtregierungsorganisation ONU Mujeres..

Es kann sein, dass sie demnächst viel mit „Peru“ zu tun hat, nachdem das peruanische Verfassungsgericht die sog. Vorab-Konsultation als wirkungslos und zudem die vorzeitige Haftentlassung des Ex-Diktators Fujimori beschlossen hat.

zusammengestellt von Heinz Schulze und Annette Brox

5. Cerro de Pasco: Studie belegt Hirnschäden durch Bergbauverschmutzung

Zum ersten Mal beweist eine Studie, dass es einen Zusammenhang zwischen der Konzentration von Schwermetallen in Kinderhaaren und deren Intelligenzquotient (IQ) gibt. Die Schwermetalle haben erschreckende Effekte auf den Intelligenzquotienten der Kinder und auf die Entwicklung ihrer Gehirne. Es wurde nachgewiesen, dass ein Teil der untersuchten Kinder und Jugendlichen, die in dem von Schwermetallen betroffenen Bezirk leben, im Vergleich zu internationalen Standards, einen „niedrigen“ oder „sehr niedrigen“ IQ haben. Die Studie wurde im Zentrum Perus in Cerro de Pasco von der italienischen NGO [Source International](#) durchgeführt und am 1. März 2022 in Cerro de Pasco öffentlich vorgestellt.



Cerro de Pasco, eine der ältesten und meist kontaminierten Minenstädte Perus. Foto: Elena Clenin, Red Muqui.

“Was kann ich tun, um zu verhindern, dass ungeborene Kinder mit Blei und anderen Schwermetallen belastet werden?” – fragte eine junge Frau, die nicht älter als 25 Jahre alt ist, den Experten Flaviano Bianchini von Source International.

“Was soll ich tun, wenn mein 17-jähriger Sohn so blutverschmiert ist aufgrund von anhaltendem Nasenbluten, dass er nicht einmal in der Lage ist, sein Studium fortzusetzen?” – fragt ein anderer Familienvater von ungefähr 50 Jahren.

Auf diese Fragen aus dem Publikum kann es nur eine Antwort geben: den Ort der Kontaminierung zu verlassen, sprich Haus und Hof, Job und Familie aufzugeben und woanders hinziehen. Flaviano Bianchini, Gründer und Direktor von “Source International”, der Nicht-Regierungs-Organisation (NRO) aus Italien, die diese Studie in Zusammenarbeit mit einer lokalen NRO “Labor, Centro de Cultura Popular” durchgeführt hat, seufzt und spricht Handlungsempfehlungen aus, wie politische Entscheidungsträger*innen vorgehen können, um die Menschen vor weiterer Kontaminierung zu schützen: eine Option wäre, die Minenaktivitäten zu schließen und umfassende Umweltsanierungen des Gebiets vorzunehmen sowie Langzeit-Epidemiologische Überwachungen durchzuführen.

Was Kinderhaare verraten

Aufgrund von Bergbauaktivitäten, die mitten in der Stadt von Cerro de Pasco stattfinden, ist diese Stadt einer der am stärksten verschmutzten Orte der Erde. Seit 2008 führt Source International Umwelt- und epidemiologische Studien durch, zusammen mit Gemeindemitgliedern und der lokalen NGO Labor, Centro de Cultura Popular, um die schweren Gesundheitsschäden und Umweltfolgen der Mine von Cerro de Pasco aufzuzeigen und die Menschenrechte der Gemeinde zu schützen. Dabei nahmen sie zum Beispiel Boden- und Luftproben in Cerro de Pasco und Wasserproben aus Fließgewässern in Cerro de Pasco. Es konnte so die Präsenz von Schwermetallen nachgewiesen werden. Sie untersuchten auch Tiergewebe von Lamas und Alpakas. In dem Muskelgewebe von Alpakas war eine Bleibelastung erreicht, die 10-mal höher war als die von der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen und der Weltgesundheitsorganisation empfohlenen Grenzwerte.



Fabio Bianchini verteilt die Laborergebnisse an die Eltern der untersuchten Kinder. Foto: Jaime Silva

In der neuesten, 2019 durchgeführten und nun vorgestellten Studie, hat ein Expertenteam der Universitäten Madrid, Santiago de Compostela in Spanien und Coimbra in Portugal unter der Koordination von Source International und der Unterstützung von Labor, Centro de Cultura Popular, eine Anamnese von Kindern aus dem Stadtteil Paragsha und der Siedlung José Carlos Mariátegui durchgeführt. Diese Stadtteile von Cerro de Pasco befinden sich zwischen gerodeten Flächen und dem Tagebau der Mine und gehören damit zu den am stärksten betroffenen Stadtteilen. Die gleichen Untersuchungen wurden mit einer Referenz-Gruppe von Kindern in Carhuamayo durchgeführt. Das Dorf Carhuamayo befindet sich ungefähr 40 Kilometer entfernt von Cerro de Pasco und hat ähnliche klimatische und sozioökonomische Bedingungen wie Cerro de Pasco, jedoch ist die Bevölkerung nicht direkt dem Bergbau ausgesetzt.

Source International hat zusätzlich die lokalen statistischen Daten für Sterblichkeit, Morbidität und psychische Krankheiten mit den nationalen und regionalen Werten verglichen. Innerhalb des Bezirks Simon Bolivar ist Paragsha die Gemeinde mit dem höchsten Prozentsatz an registrierten

Krankheitsfällen. Es gibt zahlreiche Fälle von Erkrankungen des Verdauungssystems und der Atemwege sowie Fälle von Traumata und Vergiftungen. Die lokale Bevölkerung meldete hohe Raten von Krankheiten im Zusammenhang mit der reproduktiven Gesundheit von Müttern, einschließlich Fehlgeburten.

Zuviele Schwermetalle vermindern den IQ

Die Untersuchungen haben Schreckliches gezeigt. Die Ergebnisse ergaben sehr hohe Konzentrationen von 17 verschiedenen Schwermetallen, von denen viele giftig und krebserregend sind, wie Arsen, Blei, Quecksilber und Thallium. Außerdem wiesen alle 82 Kinder, die an der Studie teilgenommen haben, Schwermetalle auf. Dadurch kann angenommen werden, dass alle Kinder zwischen 5 und 15 Jahren in Cerro de Pasco mit Schwermetallen belastet sind.

Parallel zu den Haarproben führten die Forscher*innen eine Reihe von Tests zur kognitiven und sprachlichen Entwicklung der Kinder durch.

Im Einzelnen wurden die sprachlichen Fähigkeiten, die visuellen und konzeptionellen Fähigkeiten, d.h. die Fähigkeit, Bilder zu sehen, zu erkennen und zuzuordnen, die Gedächtniskapazität und die Fähigkeit der Kinder, Informationen zu verarbeiten, zu lernen und zu verarbeiten, bewertet. In all diesen Bereichen weist eine große Zahl von Kindern in Paragsha erhebliche Defizite auf.

Die Schwere dieses langfristigen Ergebnisses aufgrund der Schwermetallbelastungen u.a. durch Blei, Cadmium, Mangan, Arsen erklärt der italienische Forscher so: "Der IQ und das Gehirn entwickeln sich in den ersten sechseinhalb Lebensjahren. Der Großteil entwickelt sich im Fötus vor der Geburt und während der ersten fünf bis sechs Lebensjahre. Danach nur noch sehr wenig". Was bedeutet das? Bei diesen Kindern im Alter von 8 und 9 Jahren hat sich das Gehirn nicht so entwickelt, wie es hätte sein sollen. "Diese Auswirkungen werden die Kinder ihr Leben lang begleiten, weil sich ihr Gehirn nicht mehr entwickeln wird", warnt Flaviano Bianchini.

Seit über 100 Jahren eine Bergbaustadt

Cerro de Pasco ist eine besondere Stadt. Sie liegt 4200m über dem Meeresspiegel und ist eine der höchstgelegenen Städte der Erde. Es leben ca. 60.000 Menschen in Cerro de Pasco. Die Bergbauaktivitäten haben eine lange Geschichte und sind seit über 100 Jahre in Cerro de Pasco präsent. Der Bergbaubetrieb in dieser Stadt besteht aus zwei Untertageminen, einem Tagebau und Konzentrationsanlagen, die die Abfälle der Mine recyceln und so Blei, Zink und Silber aus dem Untergrund gewinnen. Im Laufe der Jahre hatte die Mine verschiedene Besitzer. Im Jahre 1999 kaufte die peruanische Bergbaufirma Volcan die Minera Paragsha S.A.C in Cerro de Pasco und ist seitdem der Besitzer und einer der größten Zink -Lieferanten weltweit. Was nicht gleich offensichtlich ist: Glencore, ein Rohstoff-Multi mit Sitz in der Schweiz, war seit Anfang der 2000-

er Jahre Minderheitenaktionär von Volcan. 2017 kaufte Glencore 36,9% der Stimmrechtsanteile von Volcan dazu und ist seitdem Hauptaktionär der Firma.

Wer ist verantwortlich für die Altlasten?

Glencore, die Hauptaktionärin von Volcan, weist immer wieder ihre Verantwortung für die Umweltschäden zurück mit dem Argument, dass diese auf die Zeit vor dem Kauf zurückgehe, zum Teil sogar bis auf die Zeit der Kolonialherrschaft.

Source International dagegen stellte fest, dass die Exposition der Bevölkerung gegenüber Metallen mit hohem toxischem Potenzial im Vergleich zu der Beprobung aus dem Jahr 2016 sogar zugenommen hat, und [widerlegt somit die Argumente von Glencore](#). Unabhängig von Source International, bestätigen seit mehr als einem Jahrzehnt mehrere nationale und internationale Studien die Belastung der Bevölkerung, insbesondere der Kinder, durch Schwermetalle in Cerro de Pasco. Dass die Kontaminierung von Schwermetallen weiter anhält, ist somit unbestritten.

Eine untätige Regierung

Da die Besitzer keine Verantwortung übernehmen, ist es dringend notwendig, dass der Staat die Verantwortung übernimmt. Flaviano Bianchini spricht Empfehlungen an die Regierung aus und fordert zum Handeln auf: eine umfassende Umweltsanierung des Gebiets vorzunehmen und damit zu beginnen, die Gesundheit der Bewohner*innen und den Zustand der Umwelt dauerhaft und in kurzen Abständen zu überwachen. Die am schwersten betroffenen Kinder und andere Einwohner*innen sollten dringend in Spezialkliniken behandelt werden, und Minderjährige, deren kognitive Fähigkeiten lebenslang beeinträchtigt sind, sollten psychologisch betreut werden.

Auch der Sonderberichterstatler der Vereinten Nationen für toxische Substanzen und Menschenrechte, Marcos Orellana, drückte dies bei seinem jüngsten Besuch in Peru aus. "Aus den Berichten, die ich erhalten habe, geht hervor, dass der Staat, anstatt die gesamte Bevölkerung zu untersuchen, bei verschiedenen Personen Proben entnommen hat und die Ergebnisse dieser Tests mit großer Verzögerung geliefert werden. Manchmal sechs Monate oder ein Jahr später. Dies schränkt die Möglichkeiten einer wirksamen medizinischen Intervention ein. Damit diese Tests wirksam sind, sollten sie in regelmäßigen Abständen durchgeführt werden, um zu sehen, wie sich die Gesundheit der Bevölkerung entwickelt." Er betonte auch, dass der Staat in seiner Pflicht, die Rechte zu garantieren, eine unverzichtbare Kontroll- und Garantierolle hat, damit er bei gesundheitlichen Beeinträchtigungen die notwendigen Proben nehmen kann, um die Schwere der Auswirkungen zu bestimmen und spezialisierte medizinische Hilfe zu leisten. "Es ist nicht nur eine Frage der medizinischen Hilfe. Man könnte meinen, dass die Menschen außerhalb ihrer Dörfer medizinisch versorgt werden, aber wenn sie in ihre verseuchten Gemeinden zurückkehren, beginnt alles wieder von vorne. Es muss eine umfassende Intervention erfolgen, bei der die

Umweltgesundheit ein Hauptbestandteil der staatlichen Gesundheitspolitik ist, um die Exposition der Menschen gegenüber toxischen Gefahren zu verhindern.“

Es ist an der Zeit, der Gleichgültigkeit der Regierungsbehörden ein Ende zu setzen, deren Präsident im vergangenen Jahr gerade wegen seines Versprechens gewählt wurde, die Beziehungen zwischen der Gesellschaft und den trägen Minenbesitzern zu überprüfen. Volcan-Glencore rühmt sich auf seiner Website damit, dass sie aufgrund der Qualität ihrer Erzkvorkommen einer der kostengünstigsten Produzenten der Branche sind. Vielleicht hängen diese niedrigen Kosten auch mit der Art und Weise zusammen, wie diese Metalle abgebaut werden, und dass die externen Umweltauswirkungen der Bevölkerung aufgebürdet werden.

Elena Clenin und Sarah Guenther

Elena Clenin (Kommunikationsexpertin) und Sarah Guenther (Umweltwissenschaftlerin) arbeiten als Fachkräfte von Comundo beim peruanischen Netzwerk Red Muqui.

Die erwähnten Studien können Sie hier in spanischer bzw. englischer Sprache herunterladen

Interessante Links:

<https://muqui.org/noticias/cerro-de-pasco-estudio-epidemiologico-comprueba-dano-cerebral-causado-por-la-mineria/>

[2204 Studie CerrodePasco SourceInternational](#)

[22204 cerro de pasco studie centre for climate crime analysis](#)

6. Frauenrechte in Peru – eine Bilanz

Ein Bericht über die Online-Veranstaltung vom 10. März

Zum Weltfrauentag hatte die Infostelle Peru am 10. März drei Aktivistinnen zum Gespräch eingeladen: Tarcila Rivera Zea von der indigenen Frauenorganisation Chirapac (Centro de Culturas Indígenas del Perú), María Ysabel Cedano García, feministische Aktivistin von DEMUS (Estudio para la Defensa de los Derechos de la Mujer) und Ruth Buendía Mestoquiari, Asháninka und frühere Leiterin von CARE (Central Asháninka Rio Ene).

Der Internationale Frauentag: ein Tag der Reflexion, des Erinnerns und des feministischen Widerstands

Für Tarcila Rivera ist der Frauentag ein Tag der Reflexion und Analyse: Was tun Frauen, um eine eigene Stimme zu haben? „Feliz día“ („Einen glücklichen Tag“) bleibt ein leerer Wunsch zum

Frauentag, so lange immer noch Frauenrechte verletzt werden. Es geht deshalb darum, mehr Bewusstsein zu schaffen, was Frauen noch alles tun müssen, um gleiche Rechte zu erlangen.

Für Maria Ysabel Cedano geht es am Weltfrauentag darum, sich an die historischen Kämpfe und Erfolge der Frauenbewegung zu erinnern. Es ist ein Tag des feministischen Widerstands gegen das Patriarchat, gegen Kolonialismus und neoliberalen Kapitalismus. Die Zwangssterilisierungen von Frauen während des Regimes von Ex-Diktator Fujimori sind ein Beispiel für eine besonders schlimme Form von Machismus und Rassismus, der zu Menschenrechtsverletzungen gegen Frauen führt. Endlich hat – nach vielen Jahren – der Prozess gegen die Verantwortlichen begonnen.

Für Ruth Buendía geht es am Frauentag darum aufzuzeigen, dass die Regierung den Frauenrechten auch heute noch kaum Bedeutung gibt. Immer noch geschehen Femizide, Vergewaltigungen und andere Verletzungen von Frauenrechte. Weil viele indigene Frauen zu wenig über ihre Rechte informiert sind, müssen gerade ihnen Räume eröffnet werden, in denen sie sich aus- und weiterbilden können.



© Eva Tempelmann

Die aktuelle Lage der Frauenrechte: Viel Papier, wenig Umsetzung

„Wir haben einen ‚Papier-Staat‘“, stellt Maria Ysabel Cedano fest. Es gibt zwar Gesetze, Institutionen und politische Strategien zum Schutz der Frauenrechte. Aber sie existieren nur auf dem Papier, die Realität sieht sehr anders aus. Die offizielle Politik für Gendergerechtigkeit kämpft nur vermeintlich gegen Gewalt und für Gleichberechtigung. Tatsächlich gibt es etwa von den landesweit 52 Anlaufstellen für Frauen, die Gewalt erlitten haben, keine einzige für Lesben, Transsexuelle oder Bi-Personen. Das zugesagte Register von Straftaten der Hass-Kriminalität gibt es bis heute nicht. Die Regierung hat zwar eine Feministin als Frauenministerin, aber gleichzeitig Minister, die der häuslichen Gewalt und der Korruption beschuldigt werden. Das Frauenministerium hat nur wenig Personal und einen kleinen Etat, kann also nicht viel bewegen. Das hat sich auch unter Präsident Castillo nicht geändert. Die feministische Bewegung hat keinen Zugang zur Regierung. Für wirkliche Verbesserungen braucht es viel fundamentalere Veränderungen und neue Sicht- und Denkweisen, ist Tarcila Rivera überzeugt. Das braucht viel Zeit.

Der Präsident hat sein Versprechen aus dem Wahlkampf, sich für die Opfer der Zwangssterilisierungen einzusetzen, vergessen. Gegenüber dem fundamentalistisch geprägten Kongress kämpft die feministische Bewegung um eine geschlechtersensible Schulbildung und gegen die Abschaffung des Rechts auf Abtreibung, das ohnehin einzig beim Vorliegen medizinischer Gründe gilt. Junge Mädchen, die Opfer einer Vergewaltigung wurden, haben kein Recht auf Abtreibung. Sie stoßen auf ein Justiz- und Gesundheitssystem voller rassistischer und von Machismus geprägter Widerstände. Medizinisches Personal weigert sich oft, eine Abtreibung vorzunehmen. Und dies ist kein individuelles Problem, es handelt sich nicht um Einzelfälle.

Traumatisiert durch Gewalt

Ein Video der indigenen Frauenorganisation Chirapaq dokumentiert die Traumatisierung von Frauen durch die Gewalt während des internen bewaffneten Konfliktes in ihrer andinen Gemeinde, die sich als Gewalt in der eigenen Familie fortsetzt. Der sehr authentische, intensive Film, in dem eine Frau ihre Erfahrungen schildert, kann [hier](#) angesehen werden.

Lange Zeit war es in ländlichen Gemeinden „normal“, dass junge Mädchen Männer heiraten mussten, die ihre Familie für sie ausgesucht hatte. Die Mädchen hatten kein Recht, ihren Mann auszuwählen und selbst darüber zu entscheiden, wie viele Kinder sie haben wollen. Dies hat sich, so Tarcila Rivera, gottseidank geändert. Dennoch werden immer noch viele Mädchen in jungem Alter schwanger – 1.400 waren es im vergangenen Jahr. Der Kampf gegen sexuelle Gewalt gegen Mädchen ist ein sehr langwieriger und mühsamer Prozess. Die Mädchen haben praktisch keinen Zugang zum Rechtssystem, die Behörden sind sexistisch und rassistisch geprägt. Die geltenden Gesetze nützen nichts, solange Diskriminierung und Rassismus den Umgang der staatlichen Stellen mit indigenen Frauen prägt und solange Mädchenschwangerschaften als „Teil ihrer Kultur“

abgetan werden. Indigene Frauen müssen durch Information und in ihrem Recht auf Selbstbestimmung gestärkt werden. Diese Arbeit leistet Chirapac. Die Agenda für diesen Prozess des Empowerment kann nicht von außen kommen. Es geht um eine horizontale Arbeit auf Augenhöhe. Die indigenen Frauen sollen sich als handelnde Subjekte erfahren und ihre individuellen und kollektiven Rechte als Frauen erkennen: das Recht auf Land, auf ihre eigene Sprache, auf ein selbstbestimmtes Leben ohne Gewalt.

Ruth Buendía schließt daran an und kritisiert, dass Anthropologen sexuelle Gewalt gegen Mädchen als „Teil der Kultur der indigenen Völker“ bewerten. Das ist falsch und dient den Männern als Schutz. Ruth Buendía kritisiert, dass das Thema Gewalt gegen Frauen und Mädchen auch in den indigenen Organisationen nicht ernst genug genommen wird. Oft wird es als innerfamiliäre Angelegenheit abgetan.

Frauen: Starke Akteurinnen im Kampf gegen Ausbeutung

Ruth Buendía hat als Leiterin der Asháninka-Organisation CARE erfolgreich mit ihrer Organisation gegen ein Staudammprojekt gekämpft, das die Lebensgrundlagen der Anwohner*innen zerstört hätte. Dafür wurde sie 2014 mit dem renommierten Goldman-Umweltpreis ausgezeichnet. Über ihr Engagement gibt es ebenfalls einen öffentlich zugänglichen [Videofilm](#). Gefragt nach der Rolle der Frauen in diesem Kampf berichtet sie, dass Frauen nach außen hin oft nicht gesprochen haben, aus dem einfachen Grund, dass sie die spanische Sprache nicht sprechen. Aber innerhalb ihrer Gemeinde und im Kampf gegen das Großprojekt waren die Frauen sehr aktiv. Die sprachliche Barriere führt immer wieder dazu, dass Frauen in den Behörden nicht ernstgenommen und diskriminiert werden.

Wie können Frauen in Deutschland sich mit Frauenkämpfen in Peru solidarisieren?

Tarcila Rivera setzt auf länderübergreifende Solidarität. In Deutschland werden Frauen sehr wohl als Teil der Zivilgesellschaft wahrgenommen und gehört. Dies können wir nutzen, um auf internationaler Ebene einzufordern, dass Frauen überall ihre individuellen und kollektiven Rechte erhalten und Zugang zum Rechtssystem haben.

María Ysabel Cedano appelliert neben der Solidarität auch auf die Wachsamkeit der deutschen Frauenbewegung: Wohin fließen Gelder der Entwicklungszusammenarbeit? Wem nützen sie? Kommen gut ausgestattete Programme tatsächlich bei den betroffenen Frauen in den indigenen Gemeinden an oder sorgen sie nur für gute Löhne von Mitarbeiter*innen in den Provinzhauptstädten?

Wo gibt es auf europäischer Ebene Möglichkeiten, in Abkommen mit Lateinamerikanischen Ländern die Einhaltung der Rechte für Frauen verbindlich zu regeln.

Wo gibt es Allianzen zwischen Kirchen und Ultrarechten, die aus wirtschaftlichen Interessen Ausbeutung rechtfertigen? Wir sollten „Landkarten der Macht“ zeichnen, die aufzeigen, wo die mächtigen Gruppen in Deutschland sitzen und wie sie Einfluss in Peru nehmen. Als jüngsten Beispiel nennt sie die Friedrich-Naumann-Stiftung, die ein Treffen (ultra)rechter Parlamentarier*innen mitfinanziert hat, bei der eine Strategie für die Amtsenthebung von Präsident Castillo besprochen wurde.

Annette Brox

7. In memoriam Maria Elena Moyano

Vor 30 Jahren ermordete der Leuchtende Pfad die Führungsfigur von Villa El Salvador.

Einige erinnern sich. In den dunklen Jahren der brutalen Übergriffe des Leuchtenden Pfads (Sendero Luminoso) und des „bewaffneten internen Konflikts“ in Peru war neben den Anden und dem zentralen Regenwald auch das große Armenviertel Villa El Salvador in Lima ein Brennpunkt der Konflikte. Dort versuchten Frauengruppen sich autonom zu organisieren und sich abzugrenzen von der autoritären Politik unter dem damaligen Präsidenten Fujimori und dem Leuchtenden Pfad (und MRTA – Movimiento Revolucionario Túpac Amaru). Deshalb wurden sie vom Leuchtenden Pfad als „Volksfeinde“ angesehen, weil sie ihnen im Weg standen, die Volksbewegungen in den Armenvierteln zu übernehmen, um sie kontrollieren zu können.



Foto: Walter Schwenninger

María Elena Moyano war die führende Frau in ihrem Viertel Villa El Salvador. Sie war u.a. auch aktiv in der linken Partei PUM (Partido Unificado Mariateguista) und Mitbegründerin der Organisation „Un Vaso de Leche“ (ein Glas Milch) zur besseren Ernährung der Kinder. Sie war eine wichtige und geschätzte Partnerin in der Solidaritätsarbeit Tübingen-Villa El Salvador. Weil sie sich frontal gegen die Machenschaften der Sendero-Ortschefs entgegenstellte, bekam sie

mehrere Todesdrohungen. Es wurden Gerüchte gestreut, um sie zu verunglimpfen, sie würde Spenden für die Ernährung der Kinder (Trockenmilchpulver) veruntreuen.

María Elena Moyano akzeptierte letztendlich die Ratschläge ihrer Freunde und wollte mit ihren jungen Kindern eine Zeit lang nach Spanien ins Exil gehen. Drei Tage vor ihrem Abflug wurde sie am 15. Februar 1992 von Sendero-Killern vor den Augen ihrer Söhne mit mehreren Schüssen ermordet und danach mit Dynamit in Stücke gerissen.

Diese feige und brutale Tat brachte die Mehrheit der Bevölkerung in Villa El Salvador gegen Sendero Luminoso auf. Sie zeigte den Menschen jetzt auch in Lima, wie Sendero wirklich arbeitet.

Der dreißigste Todestag von Maria Elena Moyano am 15.2. sollte alle Demokrat*innen warnen, aktuelle Bewegungen in Peru, auch innerhalb der Lehrerschaft, die sich auf die Lehren des Leuchtenden Pfads beziehen, nicht zu sorglos zu sehen.

(Quellen: R. Montoya in Servindi, 16.2.22, kommentiert von Heinz Schulze)

8. Mit Omas Rezepten den Wald retten

Roy Riquelme aus Madre de Dios bewahrt den Regenwald, indem er dessen Früchte auf den Speisezettel setzt.

Dieses Jahr werden wir in InfoPeru mehrere Umweltheldinnen und -helden aus Peru vorstellen. Den Auftakt der Serie macht Roy Riquelme aus Madre de Dios.

Man nehme ein paar rohe Paranüsse, röste sie in der Pfanne und mahle sie dann, zusammen mit ein paar Blättern Sacha Culantro, der Chilischote „Fischaug“ und etwas Salz zu einem Brei.

Roy Riquelmes Augen leuchten, wenn er erzählt, wie er eine Paranuss-Soße zubereitet. Das Rezept hat er von seiner Großmutter aus dem Dorf Cachuelas, gleich neben dem heutigen Naturschutzgebiet Tambopata gelegen, im Amazonas-Departament Madre de Dios. Dort ist Roy Riquelme aufgewachsen, als Kind indigener Bauern und Paranusssammler. Der Wald und die Küche haben es ihm von klein auf angetan. Noch heute mit seinen inzwischen 39 Jahren bestaunt er jedes Mal neu und ehrfurchtsvoll die Baumriesen, die ihm Heimat sind. Jedes Mal, wenn er in den Regenwald geht, fühlt er sich wie ein Baum und spürt, dass er lebendig ist. Dann hört er all das Zirpen, Kreischen, Krachen und Tropfen des Waldes und beginnt zu suchen: nach Früchten, Lianen, Palmen, Kräutern und Gräsern, die er in seiner Küche verwenden kann.

Roy Riquelme, ein eher stämmiger Mann, mit einem unverwüstlich freundlichen Lächeln auf dem runden Gesicht, ist Schöpfer und Leiter des Projektes „Bewahren und Kochen – Conservando y Cocinando“. Seine Mission: indem er mit den Früchten des Regenwaldes exzellente Gerichte zaubert, setzt er sie neu in Wert und bewahrt damit auch ein Stück Regenwald.

Denn die essbaren Früchte des amazonischen Regenwaldes sind so vielfältig, dass man sie an mehreren Händen abzählen muss. Dennoch sind sie außerhalb des Amazonasgebietes bisher so gut wie unbekannt.



Roy Riquelme in seinem Element. Foto: Hildegard Willer

Auf einem rohen Holztisch hat Roy Riquelme den essbaren Reichtum des Waldes ausgebreitet: da ist die Palmfrucht Aguaje mit ihren dunkelvioletten Schuppen, halb Pflaume, halb Fisch. Aus ihrer leicht säuerlichen Frucht wird leckeres Eis und Saft gemacht. Oder die Palmfrucht Ungurawi: sie sieht aus wie eine schwarze Olive, ist aber steinhart, und das Fruchtfleisch dünn aber begehrt. Die Kinder des Waldes nennen es „die Schokolade aus dem Wald“. Gleich daneben liegt die Pijuayo, die aussieht wie eine Tomate, auf Bäumen wächst und schmeckt wie eine Kartoffel. A propos Kartoffel: von wegen, dass diese nur in den Anden wachsen. Papa Uncucha heisst die Kartoffel des Regenwaldes, leicht mehlig schmeckend und hervorragend für ein Püree geeignet. Genauso wie die bekannte Yuka – Maniok-Wurzel oder die Bananen, die nirgends fehlen. Weder in ihrer Koch- noch in ihrer süßen Essvariante. Süße Früchte des Waldes sind die Papaya oder ihre Verwandte, der Sapote. An Vitamin C nicht zu schlagen ist die Camu camu – Beere. Und wer mal eine neuartige Schokolade ausprobieren mag, der greift zur Copoazu, aus deren weißem Fruchtfleisch ein köstlicher leicht säuerlicher Saft und aus deren Bohne eine Schokolade gemacht wird, die von alleine – also ohne Nüsse – fast wie Nougat schmeckt. Natürlich darf auch die Paranuss nicht fehlen, die von Januar bis März in harten Kapseln von jahrhundertealten Bäumen fällt und die der junge Roy Riquelme in den Sommerferien jeweils für seine Eltern aufsammelte.



Früchte des Amazonas-Regenwaldes Foto: Hildegard Willer

All diese Früchte haben vor allem eines gemeinsam: sie wachsen mehr oder weniger wild im Wald, verweigern sich dem Massenanbau und zerstören den Wald nicht. Ihr Potential, um den Bewohnern des Waldes ein Einkommen zu verschaffen, ist noch längst nicht ausgereizt. Genau darum geht es Roy Riquelme mit seiner Amazonas-Kochkunst: eine Einkommens-Alternative für die Bewohner zu schaffen und dabei den Regenwald zu schützen.

Zum Kochen reicht ihm meist eine einfache Feldküche: ein Gaskocher mit zwei Flammen, ein Holzbrett mit den Zutaten, ein Messer, einen Löffel und eine Rührbesen und eine Plastikwanne zum Abspülen. Das Wasser zum Kochen holt er aus dem nahen Fluss.

In einem ausgebeulten Topf köchelt der Reis, die Yuca oder der Chapo, der Bananenbrei für das Frühstück, während Roy Riquelme in zwei Bratpfannen Orangen-Pfannkuchen ausbackt.

Jahrelang beköstigte er als mobiler Koch die Touristen eines örtlichen Anbieters für Amazonas-Touren. Später begleitete er Biologen bei ihren Feldrecherchen. Von ihnen lernte er neue Arten und Spezies des Waldes kennen. Vor allem aber nutzte er die Zeit im Wald, um die indigenen Gemeinden zu besuchen und um mit ihnen zu kochen.

Denn die Frauen und Männer, die seit jeher im Regenwald leben, mögen zwar ihre Früchte kennen. Das Kochen beschränkt sich meist auf das Kochen mit Wasser. Dabei gibt es soviel mehr Zubereitungsarten: aus Yuca kann man Püree machen, oder aus der Cocona-Frucht eine Soße

oder aus der Sapote einen Salat. Oder man kann peruanische Gerichte der Küste, wie die Causa oder den Ceviche, mit Zutaten des Amazonas abwandeln. Das Wissen um die Zutaten des Waldes ist meist noch vorhanden in den Dörfern, aber neue Siedler und andere Fremde tragen auch die Gier nach kurzfristigem Gewinn in die Gemeinden. Und der Staat mit seinen Nahrungsmittelprogrammen tut ein weiteres, wenn er Fertiggerichte verteilt, anstatt den Menschen zeigen, wie sie selber etwas anbauen können. Hier setzt Roy an mit seinen Kochkursen und spricht dabei vom Erhalt des Waldes. Denn wenn der Wald nicht erhalten wird, dann bleibt sein Kochtopf bald leer.



Roy Riquelme öffnet eine Sapote-Frucht Foto: Hildegard Willer

Roy ist aber nicht nur Koch und Lehrer, sondern auch Aktivist. Er hat den peruanischen Ableger der Slow-Food-Bewegung mitgegründet und ist Teil der gastronomischen Welle, die Peru in den letzten 20 Jahren zu einem der kulinarisch interessantesten Länder Südamerikas gemacht hat. Die Starköche aus Lima sind in Peru heute so bekannt wie Fußballspieler und viele von ihnen haben eine Mission, die weit über das Sammeln von Gourmet-Sternen hinausgeht. Sie wollen die Endkonsumenten mit den Produzenten der Nahrungsmittel in den Anden und im Amazonasgebiet in Kontakt bringen. Kochen mit den Früchten des Regenwaldes ist inzwischen auch in den Gourmet-Tempeln Limas Mode geworden und Roy steht in engem Austausch mit den Köchen der Hauptstadt. Je bekannter die traditionellen Zutaten aus dem Regenwald in der peruanischen Küche werden, desto besser für den Regenwald, ist seine Devise.

Denn um den steht es nicht gut. Die Abholzung hat zugenommen und Roys Heimat Madre de Dios ist berüchtigt dafür, ein Hotspot des illegalen Goldbergbaus zu sein. Dabei ist das erste Übel meist eine unschuldig und unter dem Deckmantel der „Entwicklung“ daher kommende Straße, die, meist mit staatlichen Geldern, durch den Wald gehauen wird. Ist der Zugang da, dauert es nicht lang, bis Holzhändler, Goldschürfer und Bauern auf der Suche nach Land folgen und den Regenwald nach und nach zerstören. Von seinem Dorf Piedras sieht Roy Riquelme wie große Lastwagen die Shihuahuaco-Bäume (Cumaru) aus dem Wald holen – ganz legal, da die Abholzung dieser letzten Baumriesen vom Staat erlaubt ist. Nicht erlaubt ist dagegen das Goldschürfen in bestimmten Gebieten. Doch die Goldschürfer, hinter denen oft kriminelle Geldgeber stehen, lassen sich nicht so einfach verscheuchen.

Roy Riquelmes Familie hat dies am eigenen Leib zu spüren bekommen. Seine Schwester wehrte sich gegen Goldschürfer auf ihrem Grundstück. Daraufhin wurde sie von den Goldschürfern entführt und geschlagen. Ein schwieriger Moment für die ganze Familie. Roy Riquelme hat sich damals gefragt, ob sie besser schweigen sollen. Und hat sich dagegen entschieden. Denn wenn man dazu schweigt, dann werden sie es bei anderen Personen wieder tun. Roys Familie rief die Flusspolizei, welche die Goldschürfer verjagte. Getan hat er dies für all die bedrohten Umweltschützer und Aktivisten in der Region.

Die meisten guten Köche träumen vom eigenen Restaurant, vielleicht vom einen oder sogar zwei Sternen. Nicht so Roy Riquelme: sein Restaurant ist dann, wenn die Menschen in den Dörfern lernen, aus den Früchten des Waldes leckere und gesunde Gerichte zuzubereiten. Wenn sie ihn dann mit einem Lächeln beschenken, weil sie wieder ein neues Gericht aus ihren ureigensten Zutaten gelernt haben und ein wohlschmeckendes und gesundes Essen zubereitet haben – dann wiegt ihm das für ihn so viel wie ein Gourmet-Stern.

Die Paranüsse sind nun gemahlen und mit dem Sacha Culantro, dem Fischaugen-Chili und Salz gewürzt. Jetzt alles mit etwas Wasser bei kleinem Feuer köcheln, erkalten lassen – und fertig ist die Paranuss-Soße, die so herrlich zu Yucca oder Kochbananen schmeckt.

Hildegard Willer

9. Ölverseuchung: “Opferzonen” im Amazonasgebiet

Der UN-Sonderberichterstatter für toxische Substanzen und Menschenrechte besuchte Peru.

Marcos Orellana, UN-Sonderberichterstatter für toxische Substanzen und Menschenrechte, hat im Februar 2022 mehrere Regionen Perus besucht, um Zeugnisse zu sammeln: von den Stimmen derjenigen, die die Auswirkungen der Erdölförderung im Los 192 in der Provinz Datem del Marañón in der Region Loreto anprangern, bis hin zu den Forderungen der Opfer von giftigen Metallen in

der Provinz Espinar in Cusco. Er traf auch mit Fischern zusammen, die von der jüngsten durch Repsol verursachten Ölpest vor der Küste von Ventanilla betroffen sind. Orellana gab der Umwelt-Plattform Mongabay Latam ein Interview über seine Beobachtungen und Einschätzungen. Wir veröffentlichen hier eine leicht gekürzte Übersetzung.



Marcos Orellana in Nuevo Andoas, Loreto, wo er sich mit von der Erdölförderung betroffenen Indigenen getroffen hat. Foto: Observatorio Petrolero de la Amazonía Norte/Puinamudt.

Was die Öl-Katastrophe von Ventanilla (vor der Küste Limas) betrifft, so stellt der jüngste UN-Bericht fest, dass es weltweit noch nie einen ähnlichen Ölunfall mit dieser Art von Öl in der Meeresumwelt gegeben hat. Wie kann man einen solchen Fall die Schäden beheben?

Wir beobachten die Verwendung neuer Arten von Kraftstoffen, wie wir sie bei der letzten großen Ölpest vor der Küste von Mauritius gesehen haben. In dieser Situation stellt sich die Herausforderung, einen Stoff zu kontrollieren, dessen physikalische und chemische Eigenschaften nicht im Detail bekannt sind. Es gibt ein altes Paradigma, wonach eine Substanz erst einmal freigesetzt wird, um zu sehen, wie sie sich verhält. Erst wenn sie Schaden anrichtet, wird sie kontrolliert. Das führt zur Vergiftung des Planeten.

Wie könnten bei dieser Art von Rohstoffausbeutung in einem so sensiblen Gebiet wie dem Meer Kontrollen aussehen?

Den Staaten fehlt es an Kapazitäten, um mit Katastrophensituationen umzugehen. Wer erleidet den Schaden und wer behebt ihn? Solchen Fragen wollen sich die Staaten oft nicht stellen, weil sie erhebliche Investitionen oder eine Begründung für den Verzicht auf den Rohstoffabbau erfordern.

Glauben Sie, dass Bußgelder eine abschreckende Wirkung haben, um weitere Umweltkatastrophen zu verhindern?

Bußgelder haben eine abschreckende Wirkung, aber nur, wenn sie hoch sind. Geringe Geldbußen werden einfach als Kosten der Geschäftstätigkeit eingepreist. Der Betrag sollte sich an der Höhe des Schadens und der Höhe des Gewinns des Unternehmens orientieren. Außerdem müssen Bußgelder vollstreckt werden. Verzögerungen führen nicht nur zu Passivität, sondern verschlimmern die Auswirkungen. Das Rechtssystem verliert so an Legitimität und Vertrauen.

Chronische Verschmutzungen im peruanischen Amazonasgebiet

Sie haben soeben das Bohrfeld 192 mit mehr als 2000 Altlasten besichtigt. Welchen Eindruck haben Sie?

Ein erster Eindruck ist der Schmerz und das Leid der Menschen. Es berührt das Herz eines jeden Beobachters, wenn er sieht, wie Menschen Schwermetallen ausgesetzt sind, die ihre Gesundheit, ihre Lebensperspektiven und ihre Kultur beeinträchtigen. Wenn sie sich um Gerechtigkeit bemühen, stoßen ihre Forderungen oft auf taube Ohren. Das ist ungeheuerlich, das hat mich wirklich schockiert. Beeindruckt hat mich auch die Art und Weise, wie entschlossen die indigenen Völker für ihre Rechte kämpfen. Trotz jahrzehntelanger Vernachlässigung geben die indigenen Völker im Bohrfeld 192 und anderswo ihr Land und ihre Verbundenheit mit der Natur nicht auf.

Die indigene Bevölkerung selbst ist zur Umwelthüterin geworden.

Ja, das habe ich in diesem Land und in anderen Ländern beobachtet, wo die Hüter*innen der Wälder die indigenen Völker selbst sind. Diese Rolle ist äußerst wichtig, denn dort, wo der Staat abwesend ist, schafft die Unabhängigkeit der Beobachter*innen eine Fülle von Informationen über die Vorfälle. Dank dieser Informationen haben die Aufsichtsbehörden begonnen, ihre Sanktionsaufgaben zu erfüllen.



Der Sonderberichterstatte hat die Gemeinde von Nuevo Andoas besucht und konnte die Umweltschäden am Bohrfeld 192 in Augenschein nehmen. Foto: Observatorio Petrolero de la Amazonía Norte/Puinamudt.

Was ist in Fällen zu tun, in denen sich die Ölfelder mit den Territorien indigener Gemeinschaften überschneiden? Das Los 64 zum Beispiel erstreckt sich über 22 indigene Gemeinden.

Auf der Grundlage des Rechts auf Leben und des Rechts der indigenen Völker auf Eigentum an ihrem Land, ihren Gebieten und ihren natürlichen Ressourcen wurden Standards wie die freie, vorherige und informierte Zustimmung festgelegt. Dies gilt für jede staatliche Aktivität oder Politik, die sich auf die Rechte indigener Völker auswirken kann, also auch für die Festlegung eines Flurstücks zur Ölgewinnung. Deshalb sollte sie immer Gegenstand einer Konsultation und Zustimmung sein.

Wie kann sichergestellt werden, dass die Erdölaktivitäten mit den Lebensgrundlagen der Indigenen vereinbar sind? Wie können wir Wunden aus mehr als einem halbes Jahrhundert heilen?

Der Standard der freien, vorherigen und auf Kenntnis der Sachlage gegründeten Zustimmung ist äußerst wichtig, um bei Spannungen zu vermitteln. Es gibt Orte, an denen indigene Völker Nein zu Ölgesellschaften gesagt haben, und das muss respektiert werden. Damit verbunden ist auch der Standard einer gleichberechtigten Beteiligung am Nutzen. Denn bisher blieb den indigenen Gemeinden nur extreme Armut, Verlust der Kultur, Umweltverschmutzung.

Was ist zu tun, wenn sich Unternehmen, die schwerwiegende Umweltschäden hinterlassen haben, wie im Fall von Pluspetrol im Bohrfeld 192, aus dem Land zurückziehen?

Wenn Unternehmen trotz Umweltverpflichtungen einfach ihre Koffer packen und abreisen, ist das Missbrauch. Hier muss das Rechtssystem des Staates stark genug sein, um sicherzustellen, dass der Verursacher die Schäden beseitigt. Es gibt aber noch eine zweite Ebene: die internationale Zusammenarbeit. Viele der im Erdöl- und Erdgassektor in Lateinamerika tätigen Unternehmen sind transnationale Unternehmen, was die Frage nach der Verantwortung der Herkunftsländer aufwirft. Und noch ein dritter Aspekt: Nationalstaaten geben Milliarden Dollar aus, um ihr Land militärisch zu verteidigen. Warum wollen sie ihr nationales Territorium verteidigen, wenn es mit Schwermetallen verseucht wird? Man muss nicht nur die Grenzen verteidigen, sondern auch die Umwelt.



Indigene Frauen protestieren gegen die Verschmutzung im Ölfeld 192. Foto: Observatorio Petrolero de la Amazonia Norte – PUINAMUDT

Peru braucht dringend das Escazú-Abkommen

Im Fall von Cuninico im Jahr 2014 kämpften Betroffene jahrelang vor Gericht um medizinische Behandlung wegen Schwermetallen im Blut.

Der Fall Cuninico spiegelt meines Erachtens genau die Schwäche der Vorschriften wider, wenn die Gemeinde ihr Recht selbst erstreiten muss. Eine Gemeinde hat nicht die Mittel, um Anwälte zu bezahlen oder Beweise zu sammeln. Das System funktioniert also nicht, um die Rechte der Opfer zu garantieren. Genau das soll mit dem Abkommen von Escazú geändert werden. Deshalb ist die Ablehnung des Abkommens durch den Kongress fatal.

Viele indigene Umweltschützer*innen werden verfolgt und strafrechtlich verfolgt. Glauben Sie, dass der Staat diese Menschen vernachlässigt?

Die Kriminalisierung indigener Vertreter*innen ist ein großes Problem in der Region. Dass sie zur Zielscheibe von Gewalt werden, wenn sie ihr Recht auf eine gesunde Umwelt verteidigen, verschärft die Verletzungen der kollektiven Rechte der Indigenen. Sie werden als entwicklungsfeindlich, wachstumsfeindlich und unpatriotisch abgestempelt. Die Stigmatisierung führt zu einer Entmenschlichung. Deshalb ist das Escazú-Abkommen so wichtig, da es die Arbeit von Umweltschützer*innen als wichtig für die Demokratie anerkennt. Das Escazú-Abkommen ist das erste internationale Abkommen der Welt, das spezielle Schutzmaßnahmen für Menschenrechtsverteidiger*innen vorsieht.

In Peru ist dieses Abkommen jedoch noch nicht ratifiziert worden.

In einem Aufruf der UN-Arbeitsgruppe für Wirtschaft und Menschenrechte wird Peru aufgefordert, das Escazú-Abkommen unverzüglich zu ratifizieren. Er kritisiert die völlig unverantwortlichen Desinformationskampagnen einiger Wirtschaftsverbände, die das Abkommen als Bedrohung für ihre Produktivität ansehen. Die Märkte der Zukunft werden jedoch den Unternehmen gehören, die sich wirklich für Umwelt- und Sozialstandards einsetzen.

Die Ablehnung des Abkommens wurde sogar mit dem Verlust an Souveränität begründet.

Das ist ein Argument, das sich an Ultrationalisten richtet. Wenn die Souveränität zur Vernichtung von Menschenleben führt, wird sie zum Staatsterrorismus. Das Abkommen stärkt die Souveränität, weil es sie auf den Schutz des Rechts auf eine gesunde Umwelt ausrichtet.

Ein Blick in die Region**Ölverschmutzungen sind in der Region nahezu endemisch. Wie kann man vor Ölverschmutzungen schützen, damit diese nicht ungestraft bleiben und sich nicht wiederholen?**

Als die Erdölförderung begann, gab es keine oder nur sehr geringe Umweltstandards, und die Geschäftspraktiken waren beschämend und unverantwortlich. Das verschmutzte Wasser wurde in Flüsse, Bäche und Seen eingeleitet, mit verheerenden Auswirkungen auf die indigenen Völker, die für ihren Lebensunterhalt und ihre kulturelle Identität auf diese Gewässer angewiesen sind. Im Laufe der Jahre wurden die Schutzmechanismen gestärkt. Aber in vielen Fällen waren sie schwach angesichts der Macht der Ölgesellschaften, die ihre eigenen Standards diktieren und sich selbst regulieren. Der Staat beschränkt sich darauf, sie zu beobachten. All dies im Rahmen eines Diskurses über eine falsch verstandene Entwicklung. In diesem Zusammenhang ist die Anerkennung des Rechts auf eine Umwelt frei von Gift ein Instrument, das einen echten Wandel

bewirken könnte. Es gibt keine Entwicklung ohne den Schutz des Rechts auf eine gesunde Umwelt.

Aber setzen die lateinamerikanischen Staaten sie derzeit um?

Das Umweltrecht ist am Entstehen, aber die Instrumente sind äußerst schwach. In vielen Fällen sind Umweltverträglichkeitsstudien nichts weiter als eine Copy-and-Paste-Übung. Diese Diagnose führte zur Aushandlung des Escazú-Abkommens, um die Lücken beim Zugang zu Information, Partizipation und Gerechtigkeit zu schließen.

In einem kürzlich veröffentlichten Kommuniqué an die Umweltversammlung der Vereinten Nationen (UNEA) weisen Sie darauf hin, dass es Orte gibt, die so stark verschmutzt sind, dass sie als "Opferzonen" gelten. Was meinen Sie damit?

Es gibt Orte, die so verschmutzt sind, dass ein Leben nicht oder nur unter unwürdigen Bedingungen möglich ist. Darauf bezieht sich der Begriff „Opferzonen“. Wir sehen diese Opferzonen im Amazonasgebiet mit den ständigen, systematischen (Öl-)Verschmutzungen, bei denen indigene Völker unter der Verseuchung ihres Körpers mit Schwermetallen leiden. Menschen werden geopfert, um Ressourcen zu gewinnen, von denen transnationale Unternehmen profitieren.

Glauben Sie, dass das gesamte Amazonasgebiet zu einer Opferzone wird?

Mit großer Sorge sehe ich beispielsweise die Freisetzung von Quecksilber in die Flüsse durch den illegalen Bergbau und die Auswirkungen auf die indigenen Gemeinschaften, die nun feststellen, dass ihre Körper mit Quecksilber verseucht sind, weil die Fische in ihren Flüssen verseucht sind. Meines Erachtens handelt es sich hier um einen eindeutigen Fall von Umweltkriminalität und Verletzung von Rechten. Die Auswirkungen von Quecksilberverseuchung werden in vielen Gemeinden des Amazonasgebiets in großem Umfang zu allen möglichen Behinderungen und Krankheiten führen.

Was ist mit Öl?

Auch Öl gibt Anlass zur Sorge. Wir sagen, dass der Amazonas die Lunge des Planeten ist, aber wenn man sich in die Tiefe begibt, stellt man fest, dass die Verschmutzung durch Kohlenwasserstoffe und Schwermetalle ein hohes Ausmaß erreicht hat. Umweltgerechtigkeit ist in der Region weit verbreitet. Es gibt einen Umweltrassismus, der dringend bekämpft werden muss.

Interview: Vanessa Romo/Mongabay Latam

übersetzt von Annette Brox

Das spanische Original des Interviews finden Sie hier

10. Klimakrise in den Anden: Auf zum Wasser-Säen!

In den Anden wird das Wasser knapp. Doch die Bewohnerinnen wissen Abhilfe.

Bedächtig holt Romualdo Horque seine Kokablätter aus der Hosentasche, hebt drei davon in den Himmel hoch, wie ein katholischer Priester die Hostie, und bittet die Pachamama, die Mutter Erde, um Erlaubnis und ihren Segen. Der Agrartechniker aus Accha steht auf 4.400 Meter Höhe, mitten in den Anden, vier Autostunden von Cusco entfernt. Der Wind kann hier ungehindert pfeifen und tosen. Kein Baum, kein Strauch, kein Gebüsch versperrt ihm den Weg. Nur Büschel von gelbem Ichu-Gras (deutsch: peruanisches Federgras) stehen zwischen dem grauen Felsen und dem weiten blauem Himmel.



In den Anden ist es üblich, vor einer Verrichtung die Pachamama, die Mutter Erde, um Erlaubnis zu bitten. Kokablätter haben eine rituelle Bedeutung. Auf dem Foto ist Romualdo Horque in Accha, Cusco. Foto: Hildegard Willer

In dieser kargen Einöde entsteht das Wasser, das 1.000 Höhenmeter weiter unten Mais- und Gemüsegelder zum Blühen bringt. Doch unberechenbar gewordene Niederschläge, Bergbau und Überweidung gefährden die Wasserquellen im Hochland. Es liegt am Menschen, wie viel von dem Wasser, das hier vom Himmel fällt, letztlich unten im Tal ankommen wird.

Wasser war in den Anden immer schon ein kostbares Gut. Wer jemals die große Vielfalt an einheimischen Lebensmitteln auf einem peruanischen Markt gesehen hat, wird sich fragen, wo eigentlich der ganze Mais, Kartoffeln, Ocas, Bohnen und viele weitere Gemüsesorten angebaut

werden, und woher das Wasser dafür kommt. Denn die Anden, das bis über 6.000 Meter hohe Gebirgsmassiv, das ganz Südamerika durchzieht, sind ein schroffes, steil aufragendes Gebirge, das die Hälfte des Jahres nur aus kahlem grauem Gestein zu bestehen scheint.

Und doch werden fast 80 Prozent aller Lebensmittel Perus von kleinen Familienbetrieben angebaut – sehr viele davon in den Anden. In den steilsten Tälern und auf allen Klimastufen bauen die Andenbewohnerinnen seit Alters her auf engstem Raum ihre Nahrung an.

Sofern es genügend Wasser gibt.



Diese natürlichen Bergseen wurden mit Steindeichen verstärkt, so dass sie mehr Wasser speichern können. Foto: Hildegard Willer

Stopp der Brandrodung

„Bis vor wenigen Jahren haben sich Feuer bis hierher nach oben an die Puna ausgedehnt und das Ichu-Gras zerstört“, erzählt Horque. Früher war Brandrodung üblich. Heute würden die Bauern darauf achten, kein neues Ackerland abzubrennen, und hätten neues Ichu-Gras gesät. Denn je dichter und größer das Ichu, desto besser kann das Wasser im Boden versickern und desto weniger erodiert dieser.

In einer Mulde unterhalb der Bergkuppe glänzt dunkel eine Lagune. Auch hier haben die Menschen Hand angelegt und mit Steinen einen Damm errichtet. So kann der kleine Bergsee heute sehr viel

mehr Wasser speichern, das dann in die Erde einsickert und sich in unterirdischen Adern seinen Weg bis nach unten bahnt. Um fast das Fünffache habe sich die gespeicherte Wassermenge erhöht.

„Zuerst haben wir mit den Gemeinden ein Verzeichnis der *manantes*, der Wasserquellen, angelegt“, erinnert sich Horoque, der für die Nichtregierungsorganisation *Cedep Ayllu* arbeitet. „Manantes“ sind spontan entstandene Wasserlöcher. Von der Bergkuppe aus kann man mehrere von ihnen erkennen.

„Bevor man erntet, muss man säen“, erklärt Horoque. Das sei mit dem Wasser nicht anders, als mit Kartoffeln, Getreide oder Gemüse. Verschiedenste Techniken werden unter dem Begriff des „Wassersäens“ zusammengefasst: die Aufforstung mit Pflanzen, die besonders viel Wasser absorbieren; der Bau von Staumauern in Seen und Tümpeln; das Ausheben von Kanälen, durch die das Wasser gezielt in den Boden geleitet wird; der Bau von Reservoirs, um Regenwasser zu speichern.



Dorfbewohner schleppen Wasserleitungen bis auf 4.000 Meter, um das Wasser direkt von der Quelle auf ihre Felder zu leiten. Foto: Hysha Palomino/Cedep Ayllu

Gemeinsame Mühe

„Vor zwei Jahren haben wir in Gemeinschaftsarbeit die Staumauer aufgebaut“, erzählt Lucio Bustamante. Der 60-Jährige ist den Berg behände hochgestiegen. Sein Gesicht ist von Sonne und Wind gegerbt. Er bewirtschaftet einen knappen Hektar Land und ist Vorsitzender des Vereins der Wassernutzer des Dorfes Tambo. Rund 450 Menschen leben in dieser „Microcuenca“, einem

Seiten-Wassereinzugsgebiet des Velille-Flusses. Alle kleinen Dorfgemeinden haben mitgeholfen, um Wasserlöcher freizuschaufeln, Staumauern zu bauen, oder Kanäle zu ziehen. Stundenlang sind sie dafür den Berg hochgelaufen, Geräte und Wasserleitungen auf dem Rücken von Maultieren oder dem eigenen. Aber damit das „Wassersäen“ gelingt, müssen viele Absprachen unter den Dörfern und einzelnen Höfen geschehen: wo die Grenzen des Weidelandes verlaufen, wo die des Gemeinschaftslandes und wieviel Wasser jeder nutzen darf.

Viele der alten Praktiken seien in den letzten Jahrzehnten verloren gegangen, erzählt Lucio Bustamante. Der Klimawandel habe die Notwendigkeit verschärft, vorsichtiger mit dem Wasser umzugehen und alte Techniken wieder zu beleben. „Es regnet weniger oft und unregelmäßig, dann aber zum Teil sehr stark“, sagt der Landwirt. Auch dieses Jahr sei der Regen spät dran. Durch die höheren Temperaturen sind auf einmal Schädlinge in den Höhen aufgetaucht, die man vorher nur aus anderen Klimazonen kannte.



Lucio Bustamante leitet das Wasserkomitee in seinem Dorf Tambo im Distrikt Accha, rund vier Autostunden von Cusco entfernt. Foto: Hildegard Willer

Hunger nach Silber und Gold gräbt Wasser ab

Aber nicht nur der Klimawandel ist eine Gefahr. Der weltweite Hunger nach Rohstoffen ist in Accha sehr konkret zu sehen. Von einer weit entfernten Bergkuppe funkelt ein silberner, metallischer

Fleck. „Da sucht eine Mine nach Gold oder Kupfer“, meint Bustamante. Lange Zeit hat die Zentralregierung in Lima Bergbaukonzessionen vergeben, ohne die lokale Bevölkerung zu informieren. Dies ist heute nicht mehr möglich. Doch der Staat darf immer noch Bergbaukonzessionen in Wassereinzugsgebieten vergeben. Die Mitsprache der lokalen Bevölkerung ist in der Praxis noch nicht geregelt.

Dabei ist gerade die Nutzung als Wasserquelle eine Chance, dem Bergbau einen Riegel vorzuschieben: Denn wenn hier Wasser entsteht, kann das Land nicht als Brachland katalogisiert werden und damit auch keine Nutzungsumwandlung für Bergbaukonzessionen erfahren, sagt Menschenrechtsanwalt Ramiro Llatas aus Cusco.



Bauern in Omache, im Departament Cusco, bauen ein neues Wasserreservoir. Foto: Hysha Palomino/Cedep Ayllu

In die Wasserrechnung eingepreist

Marco Sotomayor, Agraringenieur und Universitätslehrer für Umweltwissenschaften, spricht lieber von Klimaschwankungen als vom Klimawandel. „Damit ist nicht nur der menschengemachte Klimawandel gemeint, sondern auch die periodischen Klimaphänomene wie [El Niño](#)“, sagt Sotomayor. Die neuen Niederschlagsmuster und eine durch den Urbanisierungsdruck gestiegene Nachfrage nach Wasser haben dazu geführt, dass die alten Techniken des Wasserspeicherns und -säens an vielen Orten der peruanischen Anden wieder eingeführt werden. „Regen, der auf trockenen Boden fällt, ist ein Problem. Wenn er auf einen Boden fällt, der wie ein Schwamm funktioniert, dann ist es gut“, meint Sotomayor.

Nicht nur einzelne Bauerngemeinschaften oder Nichtregierungsorganisationen, sondern auch staatliche Organisationen führen heute Projekte durch, um Regen- und Schmelzwasser zu bewahren oder an der richtigen Stelle versickern zu lassen. Dafür zahlen die Peruanerinnen mit

ihrer Wasserrechnung einen Betrag, der für diesen Erhalt der Ökosysteme eingesetzt werden muss.

Es ist dann Aufgabe der städtischen Wasserwerke, dieses Projekt umzusetzen, sei es durch Aufforstung, den Bau von Speichern, Kanälen oder Staudämmen. Die große Herausforderung ist dabei gar nicht technischer Art, sagt Sotomayor, sondern das Wassermanagement: Wie werden Abkommen getroffen, wer kontrolliert, wie transparent sind die Projekte? Zudem müssen die Menschen mit der Gemeinschaftsarbeit in Vorleistung gehen und darauf vertrauen, dass sich die Mühe in einigen Jahren lohnen wird.



Auf knapp 3.000 Metern Höhe baut Lucio Bustamante Gemüse an. Dank des gewonnen Wassers kann er auch in der Trockenzeit bewässern und zweimal im Jahr ernten. Foto: Hildegard Willer

1.000 Meter tiefer, auf 3.200 Metern Höhe, fällt das Tal immer noch steil ab. Aber überall stehen kleine Felder und Terrassen in sattem Grün. Denn hier wird das Wasser geerntet, das die Bauern so mühsam gesät haben. Lucio Bustamante hat seinem Hektar Land neue Terrassen abgetrotzt. Grüner Viehklee, Mais, Weizen oder Kohl wachsen auf dem neu gewonnenen Land. Dank einer Sprinkleranlage kann er zweimal pro Jahr ernten.

Denn ohne Wasser geht gar nichts. Ebenso wenig wie ohne die Erlaubnis der Pachamama.

Hildegard Willer

Die Reportage erschien ursprünglich auf dem Portal www.riffreporter.de

11. ISP-News April 2022

Neuigkeiten aus der Arbeit der Informationsstelle Peru e.V.

Jahresbericht 2021

Unser Jahresbericht 2021 ist fertig und kann hier gelesen werden. [2021 Jahresbericht ISP](#)

Mitgliederversammlung

Die Mitgliederversammlung der ISP findet auch dieses Jahr online statt, und zwar am Donnerstag, 12. Mai, um 19 Uhr. Auch Nicht-Mitglieder sind willkommen – bei Interesse einfach melden.

Erklärung der PEP: Keine Begnadigung für Fujimori!

Das Europäische Netzwerk Plataforma Eurpoa Perú (PEP), in dem die ISP Mitglied ist, hat eine Erklärung zum Urteil des peruanischen Verfassungsgerichts veröffentlicht, das die Zurücknahme der Begnadigung von Ex-Diktator Fujimori wieder aufhebt. Die PEP fordert: Keine Begnadigung für Fujimori! Die Erklärung können Sie hier lesen.

Offener Brief: Erneut vier indigene Umweltschützer*innen ermordet

Erst im letzten Dezember haben wir zusammen mit dem Freundeskreis Peru Amazonico und weiteren Unterstützer*innen einen Offenen Brief geschrieben, als der Asháninka-Anführer Lucio Pascual Yumanga einem Mordanschlag zum Opfer fiel. Im März sind wieder vier indigene Umweltschützer*innen ermordet worden. Wieder haben wir uns mit einem [Offenen Brief](#) an Bundestagsabgeordnete und Regierungsvertreter*innen gewandt.



12. Peru.Klima.Gerecht. Herausforderungen für eine Klimapolitik auf Augenhöhe

Datum/Zeit:

29. April 2022 - 1. Mai 2022

18:00 - 13:00 Uhr

Veranstaltungsort: Köln | Tagungshaus St. Georg

Veranstalter: Informationsstelle Peru e.V.

In Peru sind die Folgen des Klimawandels bereits jetzt deutlich zu spüren. Extremwetterereignisse, schmelzende Gletscher, Dürren und zunehmende Hitze in Amazonien verursachen in den Ökosystemen unumkehrbare Schäden.

Seit den 1960er Jahren hat das peruanische Amazonasgebiet rund 20 Prozent seiner Wälder durch Abholzung und Verschmutzung durch die Rohstoffindustrie verloren. Dies hat nicht nur schlimme Auswirkungen in Peru, sondern auch weltweit.

Als ein Ausweg aus dieser dramatischen Krise gilt die Klimafinanzierung: Die reichen Länder des Globalen Nordens kompensieren ihre CO2-Emissionen mit Zahlungen für den Regenwaldschutz z.B. in Peru. Kann das funktionieren? Ist das gerecht?

Im Seminar hören wir Stimmen von Betroffenen der Folgen der Klimakrise, setzen uns kritisch mit der peruanischen und deutschen Klimapolitik und Projekten der Klimafinanzierung und des Emissionshandels auseinander, lernen Klimaschutzprojekte kennen und diskutieren mit jugendlichen und indigenen Klimaschützer*innen.

Mit

- Mirtha Vásquez, Ex-Premierministerin und Ex-Parlamentspräsidentin
- Carlos Herz, Centro Bartolomé de las Casas, Cusco
- Christine Urrutia, Klimaschutzexpertin
- Aramís Castro, OjoPúblico
- Richard Rubio, AIDSESEP
- Renzo Giudice, Waldschutzexperte
- und weiteren Vertreter*innen der peruanischen und deutschen Zivilgesellschaft und indigener Organisationen

Das komplette Programm entnehmen Sie bitte dem Flyer.

Das Seminar findet auf Deutsch und Spanisch mit Übersetzung ins Deutsche statt.

Teilnahme-Gebühr: 80 Euro, ermäßigt 45 Euro; Teilnahme online: kostenlos, Spenden erwünscht

13. Klimagerechtigkeit aus Perspektive peruanischer Akteur*innen

Datum/Zeit:

26. April 2022

19:30 - 20:30 Uhr

Veranstaltungsort: Junges Ensemble Stuttgart

Veranstalter: Cargo-Theater Freiburg, Informationsstelle Peru, Theaterfestival 6 TAGE FREI



Zwei Klima-Expert*innen und Aktivist*innen berichten von den unmittelbaren und dramatischen Folgen des Klimawandels in ihrem Land. Peru ist mit dem amazonischen Regenwald, der Küsten- und Anden-Region weltweit eines der artenreichsten Länder. Diese Vielfalt – und mit ihr die Lebensgrundlage zahlreicher Menschen – wird u. a. durch Erdbeben, Überschwemmungen, schmelzende Gletscher und Dürreperioden massiv bedroht. Was gilt es jetzt zu tun, um diese gefährliche Entwicklung zu stoppen? Welche Verantwortung tragen die Länder des globalen Nordens? Und wer findet in diesem Diskurs Gehör?

Die Veranstaltung findet als Begleitprogramm zur deutsch-peruanische Performance [INTERCAMBIOS](#) des Cargo-Theater Freiburg und des Teatro Yuyachkani Lima beim Theaterfestival 6 TAGE FREI in Stuttgart statt.

Mit:

- Antonio Zambrano Allende (Projektkoordinator für erneuerbare Energien bei der Klimaschutzbewegung MOCICC, Lima)
- Augustina Mayan (Repräsentantin der Awajún von Cenepa, Waldschutz- und Menschenrechtsaktivistin, Ex-Mitarbeiterin des „Programa Bosques – Amazonas“)

Das Gespräch findet auf Deutsch und Spanisch statt.

Weitere Infos zum Festival [hier](#).

14. Offener Brief: Ermordung von vier Indigenen

Schon wieder wurden vier indigene Umweltschützer im Amazonasgebiet ermordet, vermutlich von illegalen Gruppen der Drogen-, Holz- und Goldmafia. Die Infostelle Peru und der Freundeskreis Peru Amazonico haben hierzu in einem offenen Brief Stellung bezogen.

[20220404 Ermordung Indigener Umweltschützer 1](#)

15. Plataforma Europa – Perú lehnt die Freilassung von Alberto Fujimori ab

Mehr als zehn Jahre vor Ablauf seiner Haftstrafe könnte Ex-Präsident Alberto Fujimori freikommen. Der 83-Jährige sitzt eine 25-jährige Haftstrafe wegen Menschenrechtsverbrechen und Korruption ab. Das Verfassungsgericht hat entschieden, dass die Aufhebung seiner Begnadigung von 2018 wieder annulliert wird. Gegen dieses Urteil gibt es scharfe Kritik, auch von Seiten der Regierung. Da dies ein letztinstanzliches Urteil ist, bleibt den Opferorganisationen jetzt nur noch die Möglichkeit einer Anhörung vor dem Interamerikanischen Gerichtshof.

Das europäische Netzwerk Plataforma Europa Perú (PEP), in dem die Infostelle Peru Mitglied ist, hat eine Erklärung zu dem Urteil veröffentlicht, die Sie hier lesen können.

Hier können Sie [die Erklärung herunterladen](#).

Impressum

Sie können den Newsletter bestellen über die Webseite der Informationsstelle Peru e.V., www.infostelle-peru.de

Rückmeldungen an die Newsletter-Redaktion bitte an newsletter@infostelle-peru.de

Redaktion: Hildegard Willer, Heinz Schulze, Annette Brox

Dieser Newsletter wird herausgegeben von der Informationsstelle Peru e.V. Er wird gefördert aus Mitteln des Kirchlichen Entwicklungsdienstes durch Brot für die Welt und von Caritas international.

Für den Inhalt dieser Publikation ist allein die Informationsstelle Peru e.V. verantwortlich.

Die Informationsstelle Peru e.V. wird unterstützt von den Hilfswerken Misereor und Caritas international, vom Referat Weltkirche der Erzdiözese Freiburg, von der Christlichen Arbeiterjugend Freiburg sowie von zahlreichen Mitgliedern und Spender*innen.